

Industrieller Klub.

In der gestrigen Monatsversammlung des Industriellen Klub hielt Professor Dr. Paul Samassa einen Vortrag über „Die deutsche Kolonialpolitik vor und nach dem Weltkriege“. Vor Eingang in die Tagesordnung äußerte sich der Vorsitzende Präsident Bergrat Max H. v. Gutmann über die Organisation industrieller Staatsbetriebe: Er sagte u. a.:

„Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, erlaube ich mir anknüpfend an die Diskussion der letzten Monatsversammlung, die diesbezügliche Stellungnahme unseres Ausschusses bekanntzugeben. Das großzügige Programm des Vortragenden, betreffend die Reform der Organisation von industriellen Staatsbetrieben, insbesondere die Ausführungen über die Übertragung von Vorzügen der Privatwirtschaft auf die Staatswirtschaft, fand die volle und rückhaltlose Zustimmung des Ausschusses. Hingegen wurden schwerwiegende Bedenken erhoben gegen die Anregung der Beteiligung des Staates an dem Gewinne von Industrien, beziehungsweise an ihren Verbänden, gegen Gewährung von Kompensationen, die in der Machtsphäre des Staates liegen. Der Vorschlag ist anscheinend verlockend, doch birgt er gewisse Gefahren, nicht nur weil der allzu enge Zusammenschluß von fiskalischen und kapitalistischen Interessen leicht zu einem Gegensatz zu den Interessen des Konsums führt, sondern auch mit Bezug auf den industriellen Fortschritt, der nur durch äußerstes Anspannen aller technischen und kommerziellen Fähigkeiten und Arbeitskräfte auf Grund der in ihrem Wirtschaftsbereiche gegebenen Produktions- und Absatzbedingungen gedeihen kann, ohne künstliche Förderung, ohne Versehung in eine Treibhausatmosphäre. Was nun die prinzipielle Seite der Frage anbelangt, so haben wir im Industriellen Klub stets den Standpunkt vertreten, daß wir gegenüber anderen Erwerbsgruppen keine außergewöhnlichen Begünstigungen in Form von Subventionen oder außerordentlichen Maßnahmen verlangen, sondern nur, daß die Freiheit unserer industriellen Betätigung nicht behindert werde durch legislative oder administrative Hemmnisse und Erschwernisse. Es ist die Pflicht des Staates, weil es zum Wohle der Gesamtheit gereicht, alle Vorkehrungen zu treffen für das Gedeihen der Industrie, keineswegs durch Gewährung von Zugeständnissen oder Privilegien, die zu bezahlten wären, sondern durch eine produktionsfördernde Zoll-, Eisenbahntarif- und Handelspolitik. Auf die Frage der Besteuerung übergehend, bemerkt der Vorsitzende: Wir sind uns vollkommen bewußt, daß das enorme Anwachsen der Kosten des Staatshaushaltes schwere Steuerlasten erfordern wird, und zuweilen träumen wir sogar von einer der Deckung einer Teilquote der Staatsschuld dienenden Vermögenssteuer. Ja, ich glaube, daß sich die Großindustrie bereits mit der Notwendigkeit der Durchführung einer maßvoll zu bemessenden Vermögenssteuer vertraut gemacht hat. Auch geben wir zu, daß außer auf dem Gebiete des Steuerwesens noch andere Einnahmsquellen für den Staat zu erschließen wären, wobei unseres Erachtens allerdings ein Fortschreiten der Verstaatlichung von Industriebetrieben oder die Einführung von Produktionsmonopolen gerade das Gegenteil des angestrebten Zweckes erzielen würde. Uebrigens denken wir keineswegs allzu pessimistisch über die künftige Ertragsmöglichkeit der Besteuerung. Freilich kann kaum bestritten werden, daß — unter Voraussetzung von Durchschnittskonjunkturen — schon vor dem Kriege die Höhe der direkten und indirekten Steuern, insbesondere der Aktiensteuer, die für die Steigerungswahrscheinlichkeit der aus diesen Steuern zu erzielenden Einnahmen zulässige Maximalgrenze zumeist erreicht und häufig überschritten hat. Sonach erachten wir eine Erhöhung des Steuerfußes bestehender Steuern im allgemeinen für unwirksam und sogar schädlich. Was uns als zweckdienlich vorschwebt, ist: eine allgemeine und gleichmäßige Verbreiterung der Steuergrundlage auf alle Einkommensquellen und Erwerbsstände und die Durchbildung eines Steuersystems, dessen Aufbau in keiner Weise lähmend wirkt auf die Produktivität der Bevölkerung.“

Nach diesen beifällig aufgenommenen Ausführungen nahm Dr. Samassa das Wort zu seinem kolonialpolitischen Vortrag. Der Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen. Hierauf schloß der Vorsitzende mit dem wärmsten Danke an den Vortragenden die Versammlung.